

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Traktatschrift
Tageblatt Riesa,
Ferien Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Verkaufs-
Riesa Nr. 52.

Nr. 165.

Freitag, 18. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 5 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 49 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Text: 50% Aufschlag. Best: Larif: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — vor der Ausgabe keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Reichstag aufgelöst.

X Berlin. Im Reichstag wurde heute der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Der Reichskanzler erhob sich sofort und verlas das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten. Unter großer Unruhe ging der Reichstag auseinander. Voraussichtlich am 14. September Neuwahlen.

Bericht über die letzte Sitzung des nunmehr aufgelösten Deutschen Reichstags.

Berlin, 18. Juli, 10 Uhr.

Das Haus ist vollbesetzt; die Tribünen sind überfüllt. Als erster Punkt standen auf der Tagesordnung der Freitagsitzung des Reichstages die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Aufhebung der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen beiden Notverordnungen zur Deckung des Reichsbudgets.

Abg. Landsberg (SPD) begründet den sozialdemokratischen Antrag mit juristischen Darlegungen, in denen er nachzuweisen sucht, daß der Artikel 48 niemals herangezogen werden kann zur Begründung solcher Verordnungen, wie sie das Kabinett Brüning jetzt erlassen hat. Artikel 48 dürfe nur angewandt werden, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. Das Kabinett Brüning habe ihn aber benutzt, um auf Wunsch der Volkspartei die Bürgersteuer und auf Wunsch der Demokraten die Gemeindesteuern einzuführen. Die Situation werde dadurch behoben, daß eine Regierungspartei, die Wirtschaftspartei, die die Aufhebung der Verordnungen über die Getränkesteuer beantragt hat.

Während dieser Ausführungen ist der völksparteiliche Fraktionsführer, Dr. Scholz, an den Reichskanzler Dr. Brüning herangetreten, um mit ihm zu sprechen. Von den Sozialdemokraten wird dagegen protestiert und der Reichskanzler in Zorn zum Reden aufgefordert. Daraufhin sucht Dr. Scholz seinen Platz wieder auf.

Abg. Landsberg betont am Schluß seiner Ausführungen, daß die von Brüning gefassten Beschlüsse die verhängnisvollsten Folgen für die Auslegung des Artikels 48 haben. Die Reichsregierung habe die Reichsverfassung mit ihren Verordnungen verletzt und sich damit das Mißtrauen des Reichstages verdient.

Reichsinnenminister Dr. Wirth nimmt darauf das Wort und wird von den Kommunisten mit Rufen empfangen: „Wo steht der Feind? Der Feind steht rechts!“ — Der Minister erklärt, er fühle mit dem Abgeordneten Landsberg die Schwere dieser Stunde. Wir, als überzeugtem Republikaner, so fährt der Minister fort, ist es wahrlich nicht leicht geworden, den jetzt beschrittenen Weg zu gehen. Alle Republikaner und ganz besonders die Sozialdemokraten mühten sich aber fragen, ob sie nicht selbst die Schuld daran tragen, wenn dieser Weg beschritten werden mußte. Wir stehen vor einer Krise des Parlamentarismus. (Unruhe links, Abg. Weis (SPD) ruft dem Redner zu: „Sie verwechseln sich immer selbst mit dem Parlamentarismus.“ — Weiterkeit.) Es hat sich doch gezeigt, daß in diesem Reichstag eine Mehrheitbildung unmöglich ist. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Rufe: „Ordnung will he-ja nicht!“)

Jeder weiß doch, daß bei einer Neuwahl die Mehrheitbildung im neuen Reichstag noch viel schwieriger sein wird. (Unruhe und Rufe links.) Ich übernehme die volle Verantwortung für die letzten Maßnahmen der Regierung. Wer den Artikel 48 anwendet, muß sich in seinem Gewissen prüfen, ob ein Notstand vorliegt. Ich behaupte, daß er vorliegt und nehme das auf mein Gewissen. (Beifall im Zentrum, Unruhe links.)

Abg. Dr. Oberfohren (Deutschnat.) verliest dann für die deutschnationale Fraktion eine Erklärung, in der der Regierung vorgeworfen wird, sie habe eine Verhandlung mit den deutschnationalen Kommunisten gemacht, weil die Verhältnisse der deutschnationalen Volkspartei einer der wesentlichen Programmpunkte sei.

Die Regierung habe nur deshalb keine parlamentarische Mehrheit für ihre Deckungsvorlage gefunden, weil sie ihre Steuererhebung in rein sozialistischen Gedankenformen gemacht habe. (Große Heiterkeit links und in der Mitte.) Tatsächlich sage sich die Regierung der Herrschaft des Marxismus. Darum sei auch die Diktatur verhängt worden. (Unruhe und Widerspruch in der Mitte.) Die Agrarhilfe war wirkungslos, da eine grundsätzliche Wende der Handelspolitik nicht damit verbunden war. Die Diktatur ist so, daß man von einer wirklichen Hilfe im Sinne des Reichspräsidenten nicht mehr reden kann. Die Herrschaft des Marxismus hat dem Staat Preußen einem kaum noch verhalten Kulturvolkswirtschaft angeschlossen und hindert ihren künftigen Ausdruck in der Diktatur, die die Sozialdemokratie in Preußen ausübt. Wir haben zur Regierung nicht das Vertrauen, daß sie in der Lage ist, dem deutschen

Volk in der kommenden Notzeit Führer zu sein. Wenn die Regierung wirklich das Defizit decken will, dann muß sie durch eine Notverordnung weitere Abstriche am Etat vornehmen und den weiteren Bedarf eventuell durch den Verkauf entbehrlichen Reichsbesitzes decken. (Unruhe.) Aus der Einstellung zur Regierung ergibt sich unsere Haltung zu den von der Regierung beschlossenen Notverordnungen.

Abg. Knoke (Komm.) bezeichnet die Notverordnungen als einen Akt der faschistischen Diktatur. Den Übergang zu dieser Diktatur habe aber der sozialdemokratische Parteivorsitzende Müller mit seinem Koalitionskabinett ermöglicht. Die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten seien durch ihre Youngpolitik unter das Joch der französischen Imperialisten geraten. Brüning sei auf dem Wege zum Faschismus. Auf die ungeschicklichen Notverordnungen müsse das Volk mit dem Steuerkreuz antworten.

Reichsfinanzminister Dietrich nimmt das Wort. (Der kommunistische Abg. Remmele macht einen Aufruf. Er wird vom Präsidenten über die Ordnung gerufen und für den Fall einer Wiederholung seines Rufes mit der Ausweisung aus dem Saale bedroht.)

Minister Dietrich sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß mit den Notverordnungen gerade das Defizit gedeckt wird, das durch die Arbeitslosenversicherung entstanden ist. Die Maßnahmen der Regierung hätten also den ausgedrückten Zweck, den Bestand der Arbeitslosenversicherung zu sichern. Die Bürgersteuer sei nicht als Dauereintrichtung gedacht, sondern sie solle später mit den Realsteuern verknüpft werden.

Der Minister wendet sich dann gegen die konservative Angriffsfront des Abg. Landsberg über den Artikel 48 und erklärt, wenn wir die Dinge so weiter laufen lassen wie jetzt, dann wird in kurzer Zeit die Ruhe und Ordnung so gefährdet sein, daß jeder unsern Vorschlägen zustimmen würde. (Unruhe links und Rufe.) Wenn wir das Defizit mit einem Einkommensteuerausgleich decken wollten, dann müßten wir einen Aufschlag von 35 Prozent erheben. Es hat sich gezeigt, daß eine Mehrheitbildung in diesem Reichstag nicht möglich ist. Wir mühten also einen anderen Ausweg aus dem Defizit suchen, und wir sehen voran, daß in diesem Hause noch so viel Verständnis aufgebracht wird, daß man diesen Ausweg nicht versperrt. (Lebhafter Beifall in der Mitte. Unruhe links.)

Was ist die Reichskasse in Ordnung, wenn aber unsere Deckungsvorschläge scheitern, dann besteht in wenigen Monaten die Gefahr, daß die Beamten ihr Gehalt nicht bekommen können, und daß die schwersten Unruhen entstehen. Die Aussichten für eine wirtschaftliche Wiedergewinnung sind günstig; aber wir werden sie nur erzielen können, wenn der Regierung die Deckung des öffentlichen Defizits ermöglicht wird. Der Reichstag muß heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind, oder nur ein Haufen von Interessierten. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.) im Auftrage einer Anzahl meiner politischen Freunde (Rufe: „Wieviel?“) habe ich zu erklären: Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber, wenn wir auch nicht verlangen, daß diese Regierung wesentliche Reformarbeit auf verschiedenen Gebieten geleistet hat. Wir wollen aber verheißt, daß eine Regierungskrise entsteht, die zu einer Staatskrise führen könnte. Wir wollen nicht durch Annahme sozialdemokratischer oder kommunistischer Anträge eine bürgerliche Regierung bilden und damit die Verabschiedung der Diktatur der Annerkennung und anderer Vorlagen verhindern. Wir werden daher den Aufhebungsantrag und den Mißtrauensantrag ablehnen.

Abg. Dr. Scholz (Deutsche Vp.) begrüßt mit lebhafter Freude die Erklärung des Abg. Westarp, weil sie aus der Verantwortlichkeit heraus käme, die im gegenwärtigen Augenblick allen Parteien zu wünschen sei. Dadurch, daß der Artikel 48 der Kontrolle des Parlaments unterliege, sei er eingefügt in die parlamentarische Tätigkeit überhaupt. Wie stehen in einem außerordentlich kritischen Augenblick für den Parlamentarismus und für das gegenwärtige Parlament. Das Parlament hatte vorgestern eine große Chance und hat heute noch einmal die Möglichkeit, sich einzusetzen. Sie (zu den Sozialdemokraten) hätten am wenigsten Grund, über die Anwendung des Artikels 48 zu weinern. Auch wir sind nicht mit allen Maßnahmen durchaus einverstanden, die die Regierung durch Artikel 48 getroffen hat. Ich möchte sagen, daß wir uns in der Kritik der Einzelmaßnahmen von der Erklärung des offiziellen Sprechers der deutschnationalen Fraktion nicht sehr wesentlich unterscheiden. (Hört, hört!) Wir stellen jedoch bemerkt in diesem Augenblick für die Gefahr für Volk und Vaterland alles Negative zurück.

Der Redner wendet sich dann an die Deutschnationalen und führt aus, diese Partei hätte allen Anlaß, die Regierung Brüning zu unterstützen, da die Politik dieser Regierung mit den Grundätzen der Deutschnationalen übereinstimme. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Als dann Abg. Meyer (Dem.) an das Rednerpult tritt, ruft der nationalsozialistische Abg. Eißler: „Seine Feier ohne Meyer!“ Abg. Meyer erwidert, solche Dinge seien dem Ernst der Stunde nicht angemessen. Die demokratische Fraktion habe alles versucht, um eine parlamentarische Lösung der Deckungsvorlage zu ermöglichen. Ich habe Bedenken gegen die Anwendung des Artikels 48 und befrage es, daß der Reichstag jetzt die Möglichkeit habe, durch einen Mehrheitsbeschluss die Notverordnungen parlamentarisch zu bestätigen und damit der Regierung Identität zu erteilen. Abg. Meyer widerpricht dann der Bemerkung des Abg. Scholz, daß das Kabinett Brüning deutschnationalen Grundätzen folge. Die Demokraten würden gegen die Aufhebung der Notverordnungen stimmen. Sie beantragen die Verordnung über die Schenk-Verkehrssteuer dem Steueranspruch zu überweisen.

Abg. Dr. von Reudell (Volksternpartei) bedauert, daß der deutschnationale Abg. Oberfohren das große Wort der Diktatur nicht besser gewürdigt habe. (Beifall in der Mitte.) Es sei nicht zu verstehen, warum jetzt wegen Verordnungen des Reichspräsidenten der Kampf geführt wird von denselben Politikern, die vor kurzer Zeit die Parole ausgaben: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!“ (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Abg. Feder (NSDAP.) erklärt, seine Freunde würden für die Aufhebung der Notverordnungen stimmen, um damit ihre Gegenwehr gegen die Innen- und Außenpolitik des Kabinetts zu bekunden.

Abg. Landsberg (SPD) weist den vom Minister Dietrich angemaßten Vergleich mit Preußen zurück. Die Aussprache ist damit beendet.

Abg. Dr. Scholz (Deutsche Vp.) beantragt, die Abstimmung über die Mißtrauensanträge vorweg zu nehmen.

Bei der Abstimmung wird dieser Vorschlag angenommen.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten ziehen hierauf ihre Mißtrauensanträge zurück.

Unter größter Spannung des Hauses wird dann die namentliche Abstimmung

über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vorgenommen.

Für diesen Antrag stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, die beiden Mitglieder der Volksternpartei und die Mehrheit der Deutschnationalen. Das Ergebnis ist die Annahme des Aufhebungsantrages mit 236 gegen 221 Stimmen. (Bravorufe bei der NSDAP.)

Nach der Abstimmung erhob sich Reichskanzler Dr. Brüning

und erklärte:

Ich habe dem hohen Hause eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen. Nachdem der Reichstag heute beschloffen hat, zu verlangen, daß meine aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen aufgehoben werden, lasse ich aufgrund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Die folgenden Sätze der Kaiserrede bleiben unverändert, weil die Kommunisten laut rufen: „Nieder mit dem Reichspräsidenten!“ Als der Reichskanzler nach 1 Uhr geendet hat, verläßt Präsident Ebe seinen Platz, und die letzte Sitzung dieses Reichstages ist damit formlos geschlossen.

Die Kommunisten haben vor dem Verlassen des Saales noch einen Vers der „Internationale“ gesungen.

Am 14. September Reichstagswahlen.

Berlin. (Zantpruch.) Wie wir hören, ist Sonntag, der 14. September als Termin für die Neuwahlen zum Reichstag in Aussicht genommen. Da der Reichstag 30 Tage nach seiner Wahl zusammentreten muß, ist die erste Sitzung des neuen Reichstages Mitte Oktober zu rechnen.